



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Englands Chinapolitik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Englands Chinapolitik



n letzter Zeit mehren sich die Meldungen, die von einer Änderung der britischen Politik in China zu berichten wissen. Die Haltung Englands China gegenüber ist für dessen Geschichte und damit für die gesamte Entwicklung der Dinge in Ostasien schon mehr als einmal entscheidend gewesen und auch heute noch von besonderer Bedeutung. Grund genug, jenen Meldungen ganz besondere Beachtung zu schenken. Eine Schwenkung Englands jetzt, eine Änderung in seiner bisherigen Haltung kann einen völligen Umschwung herbeiführen und im unruhigen, überraschungreichen fernen Osten wieder einmal eine ganz neue Ära anbrechen lassen. Dabei steht auch gerade für Deutschland mehr als genug auf dem Spiele.

Die neue Zeit in der Geschichte des fernen Ostens brach bekanntlich mit dem chinesisch-japanischen Kriege von 1894/95 an. Er entschied über die Machtstellung Chinas im Norden des Reiches. Er rief die Mächte in Ostasien auf den Plan. Er wurde auch entscheidend für die Stellungnahme Englands in der nächsten Zeit zu den sich entwickelnden Fragen. Der Angelpunkt der englischen Politik war die Furcht davor, daß Rußland in Ostasien am Stillen Ozean eine die englische Herrschaft bedrohende Machtstellung erlangen könnte. England war zunächst in dem Glauben, daß China stark genug sei, um Rußland erfolgreich Widerstand leisten zu können und seine Stellung in Ostasien zu behaupten. Deshalb bestärkte England China auch in seinem Widerstande während seines Konflikts mit Japan in Korea, was dann zu dem unglücklichen Kriege führte. Die Haltung Englands war damals so, daß man in China zum Teil glaubte, auf Englands tätige Hilfe rechnen zu können. Als

England dann die Niederlage Chinas und die Offenbarung seiner völligen Schwäche erlebte, was seine Rechnung über den Haufen warf, wußte es zunächst gar nicht recht, wie es sich neu orientieren sollte. Man dachte zunächst schon daran, daß der Norden aufgegeben werden könnte, dem die Hauptgefahr drohte. Die Hauptstadt sollte nach Nanking verlegt werden, wohin russischer Einfluß vielleicht nicht so leicht reichte, wo englischer aber um so stärker wirken konnte. Im Norden schien Japan schon damals sichereren Schutz gegen allzu übermächtiges Vordringen Rußlands gewährleisten zu können als das ohnmächtige China. Daß China aber so ganz unter englischen Einfluß käme, verhinderte das Eingreifen Rußlands, Frankreichs und Deutschlands in Schimonoseki. Japan wurde zurückgedrängt. Die völlige Vernichtung der Machtstellung Chinas im Norden seines Reiches wurde verhindert. Der chinesische Hof blieb in Peking. England sah seine Rechnung zum zweitenmal durchkreuzt und mußte erneut nach einer Neuorientierung suchen. Seine Stellung war schwierig genug. Es war in Südafrika stark in Anspruch genommen und hatte die Festlandsmächte so gut wie geschlossen gegen sich. Rußland, Frankreich und Deutschland begannen dazu in Ostasien eine sehr aktive Politik. England hatte also Gile. Als Frankreich sich als erstes Land seine Dienste von Schimonoseki bezahlen ließ, versuchte es England zunächst mit einem Protest, der aber ungehört verhallte. Es erlebte gleichzeitig eine enge chinesisch-russische Annäherung. 1896 war Lihungtschang in Moskau. Rußland war gleichzeitig, wie Bülow im Reichstage erklärte, im besten Einvernehmen mit Deutschland. England lebte damals und noch lange nachher in dem Wahn, daß es Deutschlands Schwert gegen Rußland gewinnen könne. Es begünstigte deshalb dann auch Deutschlands Festsetzung in Tsingtau, offenbar in der unausgesprochenen Hoffnung, damit Deutschland gegen Rußland, das ja selbst Absichten auf Kiautschau gehabt haben soll, vorzuschieben. Es ging auf die Politik der Pachtungen mit ein, nahm selber Weihaiwei und proklamierte mit dem Vertrag, in dem es sich von China besondere Rechte im Jantsebecken anerkennen ließ, mit am ausgesprochensten das Prinzip der Interessensphären, das das Gespenst der Aufteilung Chinas aufstauen ließ. Dann kamen die Boxerunruhen. Sie brachten zunächst die gemeinsame Aktion der vereinigten zivilisierten Mächte Europas mit Japan und Amerika. Sehr bald aber ging Rußland eigene Wege und warf sich mehr und mehr zum Schützer der Peking-Dynastie auf. England sah erneut das Gespenst eines unter russischem Einfluß stehenden und mit seiner Hilfe erstarkenden, für andere zur Gefahr werdenden Chinas aufstauen. Noch einmal machte es den Versuch, die Gefahr mit Deutschlands Hilfe zu beschwören und schloß mit ihm das sogenannte Jantseabkommen, das die territoriale Integrität Chinas und die offene Tür darin garantierte. England gewann damit herzlich wenig. Die übrigen Mächte traten dem Abkommen bei. Die Folge war zunächst nur, daß England eine immer stärker werdende internationale Konkurrenz am Jantse zu spüren bekam. Gegen Rußlands

Vordringen war aber nichts gewonnen; denn die Mandschurei, auf die es zunächst ankam, war in das Abkommen nicht einbegriffen. Hier kam dann das Bündnis mit Japan und in der Folge die Zurückwerfung Rußlands vor Port Arthur und bei Mukden. Um ganz ins Reine zu kommen, zumal in Verbindung mit den außerostasiatischen Fragen der Weltpolitik, wählte dann England, wie schon in der Zeit zwischen den Pachtungen und den Vorerunruhen, den Weg der Verhandlungen mit Rußland. Schon hatten sich ja auch Rußland, Japan, Frankreich wechselseitig geeinigt. Die Vereinbarungen betrafen die chinesischen Außenländer, Mandschurei, Mongolei und Tibet. Das letztere interessiert England besonders. Hier waren Widersprüche zwischen Indien und der Pekingener Vertretung Englands über die zu verfolgende Politik zu erkennen. Das Ergebnis ist zunächst gewesen, daß England die Oberhoheit Chinas in Tibet anerkannte und sogar ihre Befestigung anscheinend begünstigt hat. Die neuesten Wendungen, namentlich im Hinblick auf ihre Abhängigkeit von dem gleichzeitigen Vorgehen Rußlands, sind noch nicht ganz klar zu erkennen. Fest steht aber wieder, daß England die Revolution deutlich begünstigt hat. Danach hat es die Politik der politischen Anleihe der Mehrmächtegruppe eingeleitet.

Überblickt man diese erkennbaren Phasen der britischen Chinapolitik, so ergibt sich: England hat nach einigem Schwanken zunächst das Prinzip der Interessensphären in China aufgenommen; man kann sogar vielleicht sagen, überhaupt erst aufgeworfen. Es schuf sich vertraglich gesicherte Vorrechte für ein bestimmtes Gebiet, damit es dieses bei Gelegenheit einer etwa eintretenden Aufteilung von vornherein für sich in Anspruch nehmen könnte. Etwas ganz Ähnliches hat es auch etwa gleichzeitig in Afrika in dem Abkommen mit Deutschland über die portugiesischen Kolonien getan, ebenso auch in dem Abkommen mit Italien und Frankreich bezüglich Abessinien. Auch dort spielt das Prinzip der Interessensphären eine Rolle, dem man daher die Bedeutung eines Leitgedankens in der englischen Politik zusprechen darf. Aber sie bleibt nicht dabei allein stehen. Dem Abkommen über die portugiesischen Kolonien folgte der andere Vertrag mit Portugal, der den Bestand dieser selben Kolonien garantierte. Auch für Abessinien gilt, daß England an eine Aufteilung des Landes den Interessensphären entsprechend gar nicht im Ernst denkt, und daß ihm daran gar nicht gelegen ist. Wir können vielleicht auch noch Persien hier anfügen. Auch hier hat England die Interessensphären festgelegt. Aus den Verhandlungen im englischen Parlament ist aber unschwer zu erkennen, daß der Gedanke, es könnte dementsprechend nun wirklich schon zu einer Teilung des Landes kommen, England durchaus nicht angenehm ist und gar nicht seinen Wünschen entspricht. Es scheint sich also auch hier wieder um einen zweiten, den ersten ergänzenden Leitgedanken der britischen Politik zu handeln. Sie sichert sich wohl für alle Fälle einen Beuteanteil. Sie will eben einmal nicht überrascht werden. Aber sie tritt zunächst für die Erhaltung des Ganzen ein. Das zeigt sich ja auch in China.

Hier sorgt das Jantseabkommen mit Deutschland, dem die anderen Mächte beigetreten sind, für die Verwirklichung der zweiten Idee, die es England vor allem auch ermöglichen soll, die etwaige Teilung erst in dem ihm am besten passenden Augenblick eintreten zu lassen oder wenn es zweckmäßiger erscheint, mit dem Privilegium auch einmal Tauschgeschäfte zu machen. Das spätere Abkommen mit Rußland über die chinesischen Außenländer ist, zunächst im Sinne der Interessenversicherung, eine Ergänzung der ersten Verträge, da diese sich ja nicht auf jene weiteren, gewissermaßen nicht mehr als integrierende Bestandteile des chinesischen Reiches betrachteten Gebiete beziehen sollten. Auch hier vergißt aber die britische Politik anscheinend nicht jene zweite Idee. Sie begünstigt — so kann man die Dinge doch wohl verstehen — den Sturz der Monarchie und die Revolution, die eine energisichere Haltung gegen das Abbröckeln der Außenländer einnimmt. Sie erkennt selber die chinesische Oberhoheit über Tibet an und würde doch wohl auch gern sehen, wenn die mongolische Frage im selben Sinne gelöst würde. Zu alledem kommt nun aber noch ein weiterer Grundsatz der britischen Politik hinzu, der die beiden ersten erst zu einem System vervollständigt und ergänzt und namentlich in der letzten Anleihepolitik erkennbar geworden sein dürfte. Er zeigte sich auch in der Haltung der britischen Politik in der letzten Balkankrise und ist dort vor allem klar und deutlich ausgesprochen worden. Die englische Politik hat das Bestreben, alle die augenblicklich schwebenden großen Fragen im Konzert mit allen beteiligten Mächten zu erledigen und zu behandeln. Offenbar fühlt sie sich wohl zu schwach, um allein vorzugehen, und dürfte in der einseitig orientierten Bündnispolitik wohl auch längst mehr als ein Haar gefunden haben. Sie sucht deshalb gemeinsame Interessen zu schaffen und diese gemeinsam zu behandeln. Sie deckt sich dadurch nicht nur gegen unliebsame Überraschungen, sondern vermeidet auch die Gefahr, offen gegen die eine oder die andere Macht Stellung zu nehmen und gewinnt so, unter Ausnützung aller Vorteile des Zusammengehens mit den Festlandsmächten, doch die Unnehmlichkeiten der splendid isolation in mancher Beziehung wieder. Die englische Politik — und das gilt eben auch für ihr Verhalten in China — sichert sich überall ihre Hypotheken, sie drängt aber nirgends auf die Subhastation oder Parzellierung und sorgt dafür, daß gewissermaßen sämtliche Geschäfte von einer G. m. b. H. übernommen werden, damit nicht einer den anderen ausbietet.

Diese britische Politik, die natürlich auch erst allmählich mit den Fortschritten der neuen Ära der Weltpolitik zu diesem System gegriffen hat und heute in Sir Edward Grey ihren Leiter besitzt, hat selbstverständlich schon seit langem in dem eigenen Lande auch Gegner. Das gilt insbesondere bezüglich der Behandlung der asiatischen Fragen, vor allem der chinesischen. Namentlich die Anleihepolitik Greys ist in den Reihen der englischen Journalisten in China auf heftigen Widerspruch gestoßen. Noch während des Abschlusses der großen Anleihe hat namentlich der Vertreter des Daily Telegraph in seinen Berichten mit allen Mitteln gegen die Politik seiner Regierung ge-

arbeitet. Er ist es auch jetzt wieder, der für eine Änderung der britischen Politik eintritt. Inwieweit etwa dabei innerpolitische Parteigegegensätze und -motive mitsprechen sollten, lassen wir dahingestellt. In Fragen der auswärtigen Politik gibt es ja in England im allgemeinen keine Parteiunterschiede. Beachtenswert ist aber, daß der Ruf nach einer Änderung der britischen Chinapolitik eben nicht erst von heute stammt und demnach wohl also auch nicht erst durch jetzt hervorgetretene Momente veranlaßt worden ist. Beachtenswert ist dann auch ferner, daß sich eben der Vertreter des Daily Telegraph schon vor Monaten rühmen konnte, seine Berichte seien doch nicht ganz ohne Wirkung geblieben, hätten vielmehr viel dazu beigetragen, in weiten Kreisen eine andere Anschauung zu verbreiten. In der Folgezeit waren dann auch wiederholt Stimmen laut geworden, die auf die Bedrohung englischer Interessen in China hinwiesen und für eine energischere Betätigung Englands in China Stimmung zu machen suchten. Mancherlei arbeitete da Hand in Hand. Alles das ist ein Beweis dafür, daß, wenn jetzt wirklich eine deutliche Schwenkung in der britischen Chinapolitik erfolgt, sie sich schon längst vorbereitet haben dürfte. Die Gegner der Grey'schen Politik in England wenden sich vor allem gegen die doppelten Grundsätze; sie verlangen Bekenntnis zu einem einzigen einfachen Ziel und dessen energische Verfolgung. Insbesondere der Vertreter des Daily Telegraph war von vornherein gegen die in der Frage der großen Anleihe verfolgte Konzertpolitik. Immer wieder ist darauf hingewiesen worden, daß diese Politik nur den anderen Mächten Vorteile bringe, England selbst aber nichts als Schaden, und daß sie keineswegs imstande sei, China wirklich zu retten. Noch in den letzten Telegrammen wurde gesagt, England erlebe hier nur, daß fremdes Kapital auf seine Kosten in China Geschäfte mache. Es ist der Widerspruch zu der Interessensphärenpolitik, der hier zutage tritt. Da England gerade den Kern des Reiches zu seiner Interessensphäre gewählt, daneben nun aber doch auch wieder die gemeinsame Betätigung aller Mächte in diesem Reiche als Grundsatz aufgestellt hat, erlebt es, daß es fast allein gerade in seiner Interessensphäre plötzlich eine scharfe Konkurrenz zu spüren bekommt, und zwar eine selbstgeschaffene. Es ist die einfache Unmöglichkeit, die hier offenbar wird, daß England heut noch und auf die Dauer die Macht sein und bleiben könnte, die überall allein die Sahne abschöpft. Schon die Anleihpolitik war eine Überspannung. Es hat sich herausgestellt, daß die Fünfmächtegruppe Chinas gesamten Geldbedarf doch nicht auf einmal decken kann. China ist nebenher immer noch auf Provinzialanleihen und auf Anleihen für Spezialzwecke namentlicher industrieller Natur angewiesen. Wenn hier die englischen Geldgeber sich nicht beteiligen, sagen die Leute mit dem Vertreter des Daily Telegraph, erleidet England ungeheure Verluste. Also muß das Grey'sche Prinzip aufgegeben werden. England muß wieder zu dem Grundsatz der Interessensphären zurückkehren und das Santscheben für sich reinhalten. Dafür spricht noch ein weiterer Grund. Das Borgen neben der großen Reorganisationsanleihe

schädigt schließlich die Interessen der daran beteiligt gewesenen Geldgeber und untergräbt den Kredit der Peking Regierung. Es ist also doch nicht ausgeschlossen, daß es zum finanziellen Zusammenbruch Chinas kommt. England müsse sich da rechtzeitig vorsehen.

Für die Opposition im eigenen englischen Lager sind in der Hauptsache diese vorwiegend wirtschaftlichen Gründe maßgebend für ihr Ablehnen der Grey'schen Politik. In Downingstreet hat man sich ihnen lange völlig verschlossen. Man stand dort auf dem Standpunkt, daß es in erster Linie auf die Erhaltung einer starken Zentralregierung in Peking ankäme, da allein eine solche imstande sei, die englischen Interessen und auch die Interessen der großen Geldgeber zu garantieren. Man unterstützte deshalb Süanschikai auch in dem letzten Kampfe oder gab ihn wenigstens nicht auf. Mit Tibet, der Opium- und der Anerkennungfrage hatte man, wie man glaubte, ja immer noch Handhaben genug, um den eigenen Vorteil jederzeit zu wahren. Allmählich scheint aber doch die Erkenntnis mehr und mehr durchgedrungen zu sein, daß die englischen Interessen auf die Dauer bei dieser Politik wirklich Schaden leiden könnten. Man ließ es zunächst noch an Warnungen an die Peking Regierung nicht fehlen, daß sie mit ihren Anleihen vorsichtiger sein müsse, wenn sie sich nicht um allen Kredit bringen wolle. In diesem Sinne äußerte sich z. B. vor einiger Zeit der Vertreter der Hongkong u. Shanghai Banking Corporation, was damals schon sehr beachtet wurde. Die Konflikte in der Salzsteuerreformfrage zwischen der Peking Regierung und dem englischen Berater dürften auch dazu beigetragen haben, die Stimmung gegen Süanschikai und seine Leute einzunehmen. Es war nur die klare weitere Folge dieser Entwicklung, wenn dann vor einigen Tagen die Times in einem viel beachteten Leitartikel, den sich das Tokioer Auswärtige Amt sofort telegraphisch übermitteln ließ, im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die der Peking Regierung durch die japanischen Zwischenfälle erwachsen sind, dieser noch einmal eine deutliche Warnung und Mahnung zukommen ließ, endlich die in sie namentlich hinsichtlich der Anleihebedingungen gesetzten Erwartungen zu erfüllen, und im Anschluß daran andeutete, daß die englische Politik sonst vielleicht einsehen könnte, mit der Unterstützung Süanschikais einen Fehler begangen zu haben, daß sie sich daraufhin zu einer Änderung ihrer Haltung genötigt sehen könnte, was dann für Chinas Zukunft die schlimmsten Aussichten eröffnen müßte. Diese Äußerung ist natürlich von den chinesischen Revolutionären mit Jubel vernommen worden. Sie bedauern nur, daß England diese Erkenntnis zu spät komme. Immerhin zeigt sich hier schon eine Gefahr der englischen Schwendung. Sie belebt den Mut der chinesischen Opposition, was sicher sofort die Verlängerung der Wirren und Unruhen in China zur Folge haben und auch den Handel nur wieder schädigen dürfte. Das Interesse der Mächte verlangt eben doch die Unterstützung der Ordnung in China. England hat dieses Prinzip aber auch noch nicht aufgegeben. Jener Timesartikel spricht nur von der Möglichkeit einer Schwendung der britischen

Politik und von der Möglichkeit eines Aufgebens Jüanschikais. Man möchte wohl zunächst noch an der bisherigen Politik im großen und ganzen festhalten und vorläufig nur in dem Punkt, wo man sich klar benachteiligt fühlt, einen Druck ausüben, um sich mehr berücksichtigt zu sehen. In der Tat ist denn bisher auch nur erklärt worden, daß sich die englischen Geldgeber von nun an nicht mehr an die Abmachungen der Fünfmächtegruppe zu halten brauchen und sich frei an allen Anleihen für industrielle Zwecke beteiligen können und werden. Daß Grey seine Politik aber noch keineswegs gänzlich geändert hat beweist, daß er für große Reorganisationsanleihen noch weiter an der Konzertpolitik festzuhalten gedenkt.

Mit dem bisher Angeedeuteten sind die Gegner der Greyschen Politik noch keineswegs zufrieden. Sie verlangen im Anschluß an die Auflösung der Fünfmächtegruppe überhaupt eine völlige Neuorientierung der ganzen britischen Chinapolitik. Der Vertreter des Daily Telegraph befürwortete die Aufgabe Weihaiweis und dafür die Erwerbung Tschusans. Das würde nichts anderes bedeuten als den völligen Rückzug Englands aus Nordchina und eine Stärkung seiner Stellung im Jantsebecken, also eine deutliche Rückkehr zu der Interessensphärenpolitik in verschärfter Form. Wenn wir ihn recht verstehen, schlägt er dazu auch noch eine Auseinandersetzung mit Japan vor, in Verbindung mit einer Neugestaltung des japanisch-englischen Bündnisses. Offenbar soll Japan, das ja selbst stark auf den Jantse spekuliert und dort englische Interessen nicht ungefährlich bedroht, dort zum klaren Verzicht veranlaßt und dafür durch Anerkennung seiner Ansprüche im Norden abgefunden werden. Die Möglichkeit einer solchen Lösung wollen wir ganz dahingestellt sein lassen. Es handelt sich ja dabei vorläufig auch nur um die Ansicht einer unmaßgeblichen Persönlichkeit. Daß sich die amtliche englische Politik mit solchen oder ähnlichen Gedanken tragen sollte, dafür ist bisher noch kein Anzeichen vorhanden. Allerdings spielt die Haltung Japans für das Vorgehen Englands eine besondere, vielleicht überhaupt die entscheidende Rolle. Der oben erwähnte Timesartikel enthielt in seinem ersten Teil eine deutliche Warnung an Japan, den Konflikt mit China nicht zu übereilten Schritten zu benutzen und die Forderungen nicht zu überspannen. Die englische Regierung hat dann auch weiter ihrer Hoffnung Ausdruck gegeben, daß nach Erledigung der Rankinger und sonstigen Zwischenfälle, in denen sie im übrigen die japanischen Ansprüche voll anerkannte und der chinesischen Regierung dringend zum Nachgeben riet, die Mißtrauen erregenden militärischen Bewegungen Japans im Jantsetal würden aufhören. In erster Linie aber hat sich England deutlich und energisch dagegen geäußert, daß Japan etwa den jetzigen Konflikt zu einer territorialen Erwerbung — in Japan soll man dabei an Fukou, also auch wieder einen Jantseplatz gedacht haben — ausnützen könnte. Zieht man Japan in Betracht, so ist das zunächst natürlich eine Verteidigung der englischen Interessensphäre. Im ganzen betrachtet, spricht es wohl aber auch dafür, daß England zunächst nicht die Aufteilung Chinas

eingeleitet sehen möchte, vielmehr noch an dem Grundsatz der Erhaltung des Riesenreiches durch Unterstützung der Peking- Zentralregierung festhält. Sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen Bewegungen Japans sind ein Element der Unruhe in Ostasien, namentlich für England, das im wesentlichen konservative, auf Erhaltung seines Besitzstandes und seiner Stellung gerichtete Interessen hat. Das Vorgehen Rußlands kommt hinzu. Die Entscheidung für England ist nicht leicht: soll es mit Rußland und Japan gemeinsame Sache machen oder in seiner konservativen Haltung, in der es eher Deutschland und die Vereinigten Staaten an seiner Seite haben würde, beharren? Für den ersten Fall hat es früher mit dem Jantsevertrag mit China, später mit dem Abkommen mit Rußland und dem Bündnis mit Japan vorgearbeitet, um eben für alle Fälle vorbereitet und gerüstet zu sein. Das zeigt die kluge Vorausberechnung der britischen Politik. Auf den letzteren Standpunkt führen es eigentlich mehr seine wohlwollenen Interessen. Denn es muß eben fraglich sein und nur immer fraglicher werden, ob es imstande wäre sich die von ihm beanspruchte Interessensphäre wirklich anzueignen und auch für sich zu behaupten. Die Aufteilung Chinas ist ein Problem, an dem sich England wohl kaum wird die Finger verbrennen wollen. Bisher hat es, wie gesagt, noch nicht angedeutet, daß es die Zeit für die Liquidierung der Interessenversicherung gekommen sieht. Eine Schwenkung hat es nur in der Frage der Beteiligung am Anleihegeschäft vollzogen, die übrigens von Japan als nachteilig für seine eigene Stellung empfunden wird. Sollte es weiter gehen, soweit, wie es der oben angeführte Timesartikel andeutete, so „könnte allerdings niemand die Zukunft der chinesischen Regierung vorhersehen“, wie es dort hieß. England hat in der Tat die Entscheidung in der Hand. Es ist gerüstet. Deutschland auch? Die Wahl Süanshilais zum endgültigen Präsidenten der chinesischen Republik hat die Lage nicht wesentlich verschoben. Die Situation bleibt auch weiter so, daß die Gefahr einer Aufgabe Süans und damit die Aufteilung Chinas noch sehr im Bereich des Möglichen liegt. Und es kommt auch weiter dabei entscheidend auf die Haltung Englands an.

